„Rul" bespricht in einem längeren Leitartikel den Versuch einer sowjetrussisch-englischen Annäherung und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Anbahnung dieser Handelsbeziehungen für Deutschland eine nicht unwesentliche Gefahr bedeutet; denn die Vergebung von russischen Lieferungsaufträgen an die englische Industrie würde die Ausfuhr deutscher Waren nach Rußland entsprechend herabsetzen und ein plötzliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit hervorrufen. Es ist nun zwar nicht anzunehmen, daß durch die Erteilung einiger Industrieaufträge an England — falls diese erfolgen sollten —, die Arbeitslosigkeit in Deutschland einen katastrophalen Charakter annehmen wird; immerhin ist der Umschwung in den englisch-russischen Beziehungen für uns von großer Bedeutung, weil die deutsche Zahlungsfähigkeit auf dem Gebiete der Reparationen von unserem Export abhängt und wir uns daher vom russischen Markt nicht verdrängen lassen dürfen. A. P.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Lichtbilder-Vortrag.) Zu einem politischen Vortragsabend hatte der Jungdeutsche Orden, Bruderschaft Pulsnitz für vergangenen Freitag abend im Schützenhaus eingeladen. Nach Begrüßung der zahlreich erschienenen, wohl allen Bevölkerungsschichten angehörenden Zuhörerschaft durch den Großmeister Siegfried Frenzel, Pulsnitz, ergreift der Vortragende, Herr Dr. Alfred Kuermann, Köln, das Wort zu seinen Ausführungen über das Thema „Vom Douaumont zum Jungdeutschen Manifest". Zunächst schilderte er in etwa dreiviertelstündiger packender Rede, der eine große Anzahl Lichtbilder (hauptsächlich Fliegeraufnahmen) beigegeben waren, die im Weltkriegsringen um die Panzerfeste Douaumont im Raume Verdun geführten erbitterten Kämpfe, insbesondere das grauenhafte Erleben der sekundlich dem Tode geweihten Frontsoldaten in vorderster Reihe. Im zweiten Teile seiner glänzenden, von hinreißender Begeisterung getragenen Ausführungen behandelte er eingehend und ausführlich in fast fünfviertelstündiger Rede einige im Jungdeutschen Manifest von Artur Mahraun (im Jungdeutschen Verlag, Berlin, erschienen) niedergelegten Grundgedanken und zwar „Das Fronterlebnis und seine Wirkungen", „Die nationale Bewegung Deutschlands", „Die alte bürgerliche Volksordnung", „Die neue Ordnung des Volkes", „Vom Beruf des Staatsbürgertums", „Die Neugliederung des Reiches". Der brausende Beifall bewies die Zustimmung wohl aller Zuhörer. Zum Worte hatte sich Herr Bürgermeister Kannegießer gemeldet. Er hielt das, was der Vorredner ausgeführt hatte, für außerordentlich wertvoll und beachtenswert, leider spreche allerdings die Praxis gegen das, was er ausgesprochen habe und was er erhoffe. Im weiteren geißelte er in scharfen Worten die heutigen wirtschaftlichen und politischen Zustände, das Parteiwesen und das parlamentarische System. Großmeister Frenzel dankte Herrn Bürgermeister für seine Ausführungen im Schlußwort und bat die Anwesenden, bei künftigen Veranstaltungen des Jungdeutschen Ordens um ebenso zahlreichen Besuch wie heute.

Pulsnitz. (Lernt Stenographie!) Von allen jungen Leuten des Kaufmannsstandes wird heute die Kenntnis der Einheitskurzschrift gefordert. Reichs-, Staats- und städtische Behörden machen die Anstellung aller Beamten von der vorherigen Ablegung der Kurzschriftprüfung abhängig. Die praktische Einführung der Kurzschrift bei sämtlichen Reichs- und Staatsbehörden ist nur noch eine Frage der Zeit; die meisten städtischen Behörden verwenden sie bereits praktisch. Die Einheitskurzschrift ist leicht erlernbar, kurz und leistungsfähig. Sie hat sich als Verkehrs- und Sie hat sich als Verkehrs- und Redeschrift glänzend bewährt. Gelegenheit zur Erlernung der Einheitskurzschrift bietet der hiesige Stenographenverein. Zwei Lehrgänge beginnen nächsten Freitag in der Schule, um 6 Uhr für jugendliche, 1/2 8 Uhr für ältere Personen. Die Teilnehmer wollen das Ahnert'sche Lehrbuch und 2 Schreibhefte mitbringen. Die Lehrmittel führen die hiesigen Buchhandlungen.

— (Ortsgruppenleiterkonferenz des Reichsbundes pp.) Am Sonnabend, den 13. April 1929 hielt der Bezirk Kamenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen im Schloßrestaurant zu Kamenz seine erste diesjährige Ortsgruppenleiterkonferenz ab. Diese Veranstaltungen dienen in der Hauptsache der Belehrung und Schulung der Ortsgruppenleiter und Rechtsberater auf dem umfangreichen und schwierigen Gebiete des Versorgungs- und Fürsorgerechts. Die Kreisleitung Bautzen hatte den Kreissekretär Kam. Wrona zu der Konferenz entsandt. Von den Ortsgruppen des Bezirkes Kamenz war die Konferenz ebenfalls sehr gut besucht. Nicht nur die Leiter der im Bezirk bestehenden 15 Ortsgruppen mit den Rechtsberatern, sondern auch eine größere Anzahl von Ortsgruppenmitgliedern waren erschienen, um ihr Wissen zu vertiefen. Vor der Konferenz hatte der Bezirksvorstand bereits eine längere Sitzung abgehalten. Nach Eröffnung der Konferenz durch den Bezirksleiter, Kamerad Oswald, Pulsnitz M. S., wurden erst einige Berichte entgegengenommen. Dann wurde in den Hauptteil der Veranstaltung — Behandlung und Beratung von besonders wichtigen und schwierigen Rechtsfragen — eingetreten. Es war eine Freude, zu beobachten, mit welch regem Interesse die Teilnehmer den Verhandlungen folgten. Die Bezirksleitung hatte die Form des Frage- und Antwortspiels gewählt und damit das Richtige getroffen. Das bewiesen die vielen und wichtigen, zum Teil sehr schwierigen Fragen, die von den Teilnehmern gestellt wurden und von den dazu Berufenen an Hand der gesetzlichen Bestimmungen und auf Grund von grundsätzlichen Entscheidungen des Reichsversorgungsgerichts leicht verständlich beantwortet wurden. Im Anschluß daran behandelte Kreissekretär Kam. Wrona, Bautzen in längeren Ausführungen den zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang eines Leidens mit dem Kriege. Auch diese Ausführungen waren für alle sehr lehrreich. Der Bezirksleitung kann man nur raten, diese Einrichtung weiter beizubehalten. Den Kriegsbeschädigten, Witwen und Kriegseltern kann nicht warm genug empfohlen werden, sich dem Reichsbund anzuschließen; denn nur diese Organisation verfügt über einen gutgeschulten Funktionärapparat und ist in der Lage, was durch Tausende von Fällen bewiesen werden kann, die Rechte der Kriegsopfer in jeder Beziehung sachgemäß zu vertreten.

— (Landesverband der Kriegsbeschädigten.) Sonntag, den 14. April, nachmittags 1/2 4 Uhr fand die Hauptversammlung der Bezirksgruppe Kamenz des Landesverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Sächsischen Militärvereinsbundes (im Deutschen Reichskriegerbund Kyffhäuser) in Kamenz, Hotel Lehmann, statt. Sie wurde geleitet von Herrn Kamerad Bezirksobmann Curt Zumpe, Pulsnitz. Als Ehrengäste waren erschienen Herr General a. D. und Bezirksvorsteher E. Wagner, Königsbrück, als Vertreter des Militärvereinsbundesbezirks, ferner als Vertreter der Amtshauptmannschaft Kamenz Herr Oberverwaltungssekretär Kretzschmar, Kamenz, sowie Herr Kamerad Kreisvertreter Albert Petrich, Bautzen, im Auftrage des Landesverbandes. Mit ehrenden Worten gedachte der Leiter der Versammlung unserer im Felde gebliebenen Kameraden und sah es als heiligste Pflicht an, für die Hinterbliebenen der Toten, ihrer Witwen und Waisen zu sorgen. Zum Gedenken der gefallenen Kameraden erhob sich die Versammlung von ihren Plätzen. Alsdann trug Kamerad Bezirksobmann Curt Zumpe den Jahresbericht über das verflossene Jahr 1928 vor. Aus demselben war zu entnehmen, daß die Arbeitsmenge sich im Vergleich zum Vorjahre verdoppelt hatte. Die von der Bezirksgruppe eingeleiteten Rentenverfahren waren zu 55 % mit Erfolg bearbeitet worden. Die Ausführungen des bis ins einzelne erläuterten Berichts wurden von der Zuhörerschar mit großem Beifall aufgenommen. Der Kassenbericht 1928 und der Haushaltplan für das Jahr 1929 wurden ohne Widerspruch genehmigt. Die ausscheidenden Mitgtieder des Vorstandes, die Herren Kameraden Schriftführer Kurt Horn, Ohorn, Beisitzer Ernst Pohlan, Elstra, sowie Paul Bahrig, Schwepnitz, wurden einstimmig wiedergewählt. Für den am Erscheinen verhinderten Landesverbandvorsitzenden Herrn Kamerad Alfred Paul, Dresden, hielt Herr Kamerad Kreisvertreter Albert Petrich, Bautzen, einen zweistündigen Vortrag und streifte sämtliche Gebiete des Versorgungsgesetzes. Herr Kamerad Petrich, welcher über reiche Praxis im Versorgungswesen verfügt, verstand es sehr vorzüglich, den Kameraden in leichtverständlicher Weise die Grundzüge des R. V. G. zu erläutern. Den Beifall, welchen die Kameraden Herrn Kamerad Petrich am Ende seines Vortrages entgegenbrachten, gibt den deutlichsten Beweis, daß die Ausführungen des Vortragenden vollstes Interesse gefunden haben. In der allgemeinen Aussprache richteten verschiedene Kameraden noch Fragen an den Vorstand und wurden dieselben eingehend durch die Kameraden Kreisvertreter Albert Petrich sowie Bezirksobmann Curt Zumpe beantwortet. Alsdann sprach Herr General a. D. und Bezirksvorsteher E. Wagner, Königsbrück, den Herren Kreisvertreter Kamerad Albert Petrich sowie Bezirksobmann Curt Zumpe für ihre wertvollen Ausführungen sowie ihre aufopferungsvolle Tätigkeit Worte des wärmsten Dankes aus. Herr Kamerad Rentmeister Bruno Schulze, Brauna, brachte einen Antrag ein, welcher verschiedene Härten des Versorgungsgesetzes betraf. Diese Anregungen wurden mit bestem Dank entgegengenommen und gab man die Zusicherung, den Antrag an die Spitzen des Verbandes weiter zu reichen, damit er als Material bei der Ausarbeitung der 6. Novelle mit berücksichtigt werden könne. Nachdem das ausführlich geführte Protokoll vorgelesen war, wurde die Versammlung gegen 7,30 Uhr geschlossen.

Lichtenberg. (Turnverein.) Am Sonnabend hielt der Verein seine Monatsversammlung ab. Mit dem Gesange eines Turnerliedes wurde dieselbe eröffnet. Unter Eingänge und Mitteilungen nahm man von der Einladung des hiesigen Militärvereins zu seinem 50jährigen Vereins- und Fahnenjubiläum Kenntnis. Weiter lag ein Bittgesuch des Turnvereins Bergießhübel vor, der bat, ein Scherflein zur Wiederinstandsetzung seiner durch die Hochwasserkatastrophe zerstörten Turnhalle beizutragen. Die vorgenommene Sammlung

noch unerledigt und strittig gebliebenen Punkte bringen würde, darunter vor allem der Frage der Effektivbestände der Land- und der Seerüstungen.

Graf Bernstorff

kündigte an, daß er bei der Aussprache über diese Vorschläge verschiedene Vorbehalte anbringen wolle.

Am Schluß der Sitzung verlas Loudon einen Brief des Amerikaners Clifford Harmon, des Präsidenten des Internationalen Fliegerverbandes, der unter Hinweis auf die furchtbaren Schrecken eines künftigen Luftkrieges die Forderung aufstellt, die Anwendung derartiger barbarischer Kriegsmittel durch einen internationalen Pakt zu verbieten. Gegen die Verlesung dieses Briefes erhob der englische Delegierte Lord Cushendun Einspruch.

•

7500 Abrüstungsentschließungen.

Die Berge von Entschließungen, Resolutionen und Denkschriften aus öffentlichen Versammlungen in Europa sind in Genf erneut angewachsen. Es liegen nunmehr nicht weniger als 7500 solcher Appelle für eine tatsächliche Abrüstung vor.

Hilferding begründet den neuen Reichsetat.

Preußens Vertreter errechnet nur reale Ersparnisse von 25 Millionen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat am Montag offiziell die Beratung des Etats für 1929 begonnen. Nachdem dem Ausschußvorsitzenden Hugo Heimann zu seinem 70. Geburtstage gratuliert worden war, begründete Reichsfinanzminister Dr. Hilferding die neuen Vorschläge der Regierung und der Mehrheitsparteien. Er entschuldigte seinen ursprünglichen Vorschlag damit, daß er unbedingt den Etat habe balancieren wollen. Er habe dann später die Anträge der Mehrheitsparteien im Kabinett empfohlen, und das Reichskabinett sei seinem Vorschlag einstimmig beigetreten. Eine Senkung der Ausgaben um rund 180 Millionen sei erreicht worden. Dies gestatte die Erhöhung der Bier- und Erbschaftssteuer zu erlassen, und die Schaffung neuer Einnahmen auf die Erhöhung der Einnahmen aus dem Branntweinmononpol um 90 Millionen und die Erhebung von 40 Millionen Rm. aus der Nachtragszahlung der Vermögenssteuer zu beschränken. Er habe den Reichshaushalt aufgestellt, ohne ein Ergebnis der Pariser Verhandlungen in Rechnung zu stellen.

Danach ließen die Deutschnationalen eine Erklärung abgeben, nach der sie auch weiter an der Fertigstellung des Reichshaushalts arbeiten wollen. Sie stellten aber die Frage, inwieweit der Reichssparkommissar mit den Streichungen einverstanden sei; denn es habe doch bisher geheißen, daß schon der alte Etat das äußerste Maß an Streichungen darstellte. Die übrigen Redner sprachen sich für weitestgehende Ersparnisse im Reichshaushalt aus. Zu einer kleinen

Sensation

kam es dann, als der Vertreter Preußens im Reichsrat, Ministerialdirektor Dr. Brecht, erklärte, daß das Sparprogramm der Mehrheitsparteien von den 179 Millionen Abstrichen nur 25 Millionen reale Ersparnisse enthalte. 60 Millionen bedeuteten nur eine Verschiebung der Ausgaben, 10 Millionen seien nur „gespart" durch Verschiebung der Buchungen, 5 Millionen durch Abschiebung der Ausgaben auf andere Etats. Bei 79 Millionen, die man vorläufig noch nicht klar übersehen könne, handle es sich wahrscheinlich auch um Verschiebung der Ausgaben und um Verschiebung der Buchungen. Darauf wandte sich der Ausschuß der Erörterung der Einzeletats zu.

„Lieber ein ehrliches Nein als ein falsches Ja!"

Außenpolitische Rede des Vorsitzenden der Zentrumspartei.

Breslau. Auf dem Ostparteitag des Zentrums führte der Vorsitzende der Partei, Prälat Kaas, aus, es sei allmählich an der Zeit, daß das deutsche Volk sich unbeschadet aller parteipolitischen Unterschiede auf die große nationale Pflicht besinne, die es den schwer leidenden Notgebieten der Grenzlande schulde. Die Grenzziehung im Osten sei ein wirtschaftlicher Unsinn. Kaas erklärte wörtlich:

„Entweder finden die Staatsmänner der Welt den Mut und die Größe, ihren Völkern zu sagen, daß hier eine Wunde blutet, die nach Heilung verlangt, oder sie haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn an Stelle der Heilung nur Verschärfung der Gegensätze eintritt. Seien Sie davon überzeugt, daß die Reichs- und Staatsregierung und alle diejenigen, in deren Händen die Verantwortung für die weitere Gestaltung unserer politischen Geschicke ruht, wissen, welch hohes und heiliges Erbe in ihre Hände gelegt ist."

Unter den jetzigen Wirtschaftsbeziehungen könnten Deutschland und Polen nicht weiterleben. Unsere notleidende Wirtschaft, unsere mehr und mehr in ihrer Ertragsfähigkeit bedrohte Landwirtschaft verlangen eine Lösung der handelspolitischen Fragen zwischen Deutschland und Polen, die ihnen nicht den Todesstoß gäben. Und dann die

Frage der Minderheitpolitik, die der Angelpunkt des europäischen Friedens sei.

Entweder lassen sich die durch den Krieg neu entstandenen Staaten dazu herbei, großzügig zu sein gegen ihre Minderheiten, oder sie dürfen sich nicht wundern, wenn die so hervorgerufenen Explosivkräfte sich früher oder später gegen sie selbst wenden. Es sei in Zukunft mit aller Energie zu fordern, daß der Buchstabe des Rechts erfüllt werde.

Zur Regierungsbildung erklärte Prälat Kaas, das Zentrum denke nicht daran, innerhalb des Kabinetts ein Veilchen-Dasein zu führen, und nicht daran, im Anhängewagen zu sitzen.

Das Zentrum wolle auf die Lokomotive.

Der Eintritt des Zentrums in die Regierung sei der Anfang einer verstärkten Aktivität der Zentrumspartei. Das Zentrum habe anderen Leuten eine Zeitlang die Verantwortung für ihre Demagogie überlassen müssen, damit die Krisis des parlamentarischen Systems immer offenbarer werde. Alle Regierungsparteien müßten die Folgerungen ziehen, die das praktische Regierungsprogramm von ihnen verlange.

Zum Schluß erklärte Kaas zu den Pariser Verhandlungen: „Wir wollen leisten, aber nicht nach Diktaten, sondern nach dem ehernen und nüchternen Gesetz der wirtschaftlichen Vernunft." Er stehe auf dem Standpunkt: „Lieber ein ehrliches Nein als ein falsches Ja!"

Anbahnung der Diktatur in Polen.

Warschau. Die Ernennung der neuen polnischen Regierung kam ebensowenig überraschend, wie auch ihre Zusammensetzung, ihr Gesicht und die von ihr vertretene Richtung kaum für neu und unverhofft gelten konnte. Während der 30 Tage dauernden Krise wurde es immer klarer, daß, nachdem das Pendelsystem zwischen der Regierung, der starken Hand und dem Parlament, wie es Ministerpräsident Bartel vertreten hatte, keinen Erfolg zeitigen konnte, die Oberstengruppe gewillt war, durch entsprechende Einflußnahme auf den Staatspräsidenten und insbesondere auf Marschall Pilsudski den entscheidenden Schritt zu tun und von sich aus eine Regierung zu stellen, die sich nicht scheuen würde, die Konsequenz aus dem Pilsudski-Umsturz im Mai 1926 endgültig zu ziehen und den aufgenommenen

Kampf mit dem Parlament

zu Ende zu führen. Soweit scheint die parlamentarische Krise in Polen schon gediehen zu sein, daß es nur noch eines Schrittes bedarf, das polnische Parlament endgültig zu beseitigen und mit diktatorischer Vollmacht dann weiter zu regieren. Diese Aufgabe scheint, wenn nicht alle Zeichen trügen, dem Kabinett Switalski bevorzustehen. Denn er gilt nicht nur als ein entschlossener Zentralist und Minderheitenfeind, sondern auch für einen Gegner des Parlaments. Zur Verstärkung seiner Position wurden ihm drei Militärs aus der Oberstengruppe zur Seite gestellt. Oberst Matuszewski, der ehemalige Leiter der Nachrichtenabteilung des Generalstabes und bisheriger Gesandter in Budapest, soll vorläufig das Finanzministerium leiten. Oberst Prystor, ein Jugendfreund Pilsudskis und bisheriger Chef seiner Kanzlei, übernimmt das Ministerium für Arbeit und öffentliche Fürsorge und wird zusammen mit dem Postminister, Oberst Boerner, zur Festigung der oben angedeuteten Richtung zweifellos beitragen.

Die Regierungspresse erblickt in der neuen Regierung keine Aenderung, sondern eine Verstärkung des Kurses. Die Oppositionspresse ist im allgemeinen noch zurückhaltend.

Oesterreichische Massenkundgebung für Südtirol.

Wien. In Wien fand, wie alljährlich, eine Massenkundgebung für das deutsche Südtirol statt, an der neben der Frontkämpfervereinigung sämtliche nationalen Wehrverbände Wiens, insgesamt etwa 10 000 Menschen, teilnahmen. Nach einem eindrucksvollen Aufmarsch über die Ringstraße wurde vor der Karlskirche eine Feldmesse abgehalten, bei der der bekannte Führer Südtirols, Pater Innerkofler, eine kurze Festpredigt hielt, die bei allen Teilnehmern tiefe Bewegung auslöste. Nach der Messe wurden an 200 Frontkämpfer, die an der Verteidigung Tirols mitgeholfen hatten, Gedenkmünzen verteilt. Am Nachmittag veranstaltete der Andreas-Hofer-Bund im Carltheater eine Festvorstellung, bei der das Volksstück „Geknechtet" von Schwarzsteiner von der Tiroler Volksbühne zur Erstaufführung gebracht wurde.